



GDK
CDS
CDS

Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz
Conférence des directeurs cantonaux de la santé
Conferenza dei direttori cantonali della sanità

Verfassungsartikel "Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung"

Klares Nein der GDK

Zusammenhang mit dem neuen KVG zur Spitalfinanzierung

Dr. Carlo Conti, Vize-Präsident der GDK
Gesundheitsdirektor des Kantons Basel-Stadt

Medienkonferenz, 17. März 2008



GDK
CDS
CDS

Schweizerische Gesundheitsdirektorenkonferenz
Conférence des directeurs cantonaux de la santé
Conferenza dei direttori cantonali della sanità

Neue Spitalfinanzierung nach KVG-rev: Grundlagen

Art. 49 Abs. 1 KVG-rev

Für die Vergütung der stationären Behandlung (...) vereinbaren die Vertragsparteien Pauschalen.

In der Regel sind Fallpauschalen festzulegen.

Die Pauschalen sind **leistungsbezogen** und beruhen auf gesamtschweizerisch **einheitlichen Strukturen**.

(...)

- ➔ Leistungsbezogene Pauschalen (SwissDRG)
 - ➔ Vergleichbare Leistungen auf Basis von Preisen
 - ➔ **Mehr Transparenz und Wettbewerb**
-



Neue Spitalfinanzierung nach KVG-rev: Grundlagen

Art. 49 Abs. 3 KVG-rev

Die Vergütungen nach Absatz 1 dürfen keine Kostenanteile für **gemeinwirtschaftliche Leistungen** enthalten. Dazu gehören insbesondere:

- a. die **Aufrechterhaltung von Spitalkapazitäten** aus regionalpolitischen Gründen;
- b. die **Forschung und universitäre Lehre**.

➔ Vollkostenprinzip unter Einbezug von **Investitionskosten** und **Kosten für nicht universitäre Lehre**



Neue Spitalfinanzierung nach KVG-rev Finanzierung

Art. 49a KVG-rev

1 Die Vergütungen nach Artikel 49 Absatz 1 werden vom Kanton und den Versicherern **anteilmässig** übernommen.

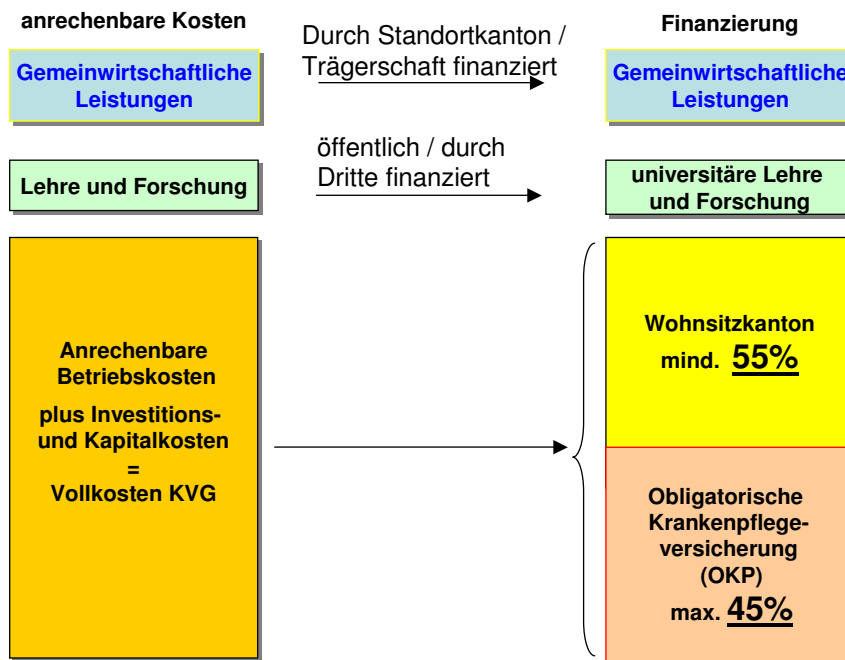
2 Der Kanton setzt (...) den für alle Kantonseinwohner geltenden kantonalen Anteil fest.

Der kantonale Anteil beträgt mindestens 55 Prozent.

(....)



Neue Spitalfinanzierung nach KVG-rev Finanzierung



5



Neue Spitalfinanzierung nach KVG-rev Qualität, Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb

- **Vollkostenprinzip** unter Einbezug sämtlicher anrechenbaren Kosten inkl. Abschreibungen und Kapitalzinskosten.
- Separate Finanzierung der **gemeinwirtschaftlichen Leistungen** und der Kostenanteile aus Forschung und universitärer Lehre.
- **Gleichstellung** der auf den kantonalen Spitallisten geführten öffentlichen und privaten Leistungserbringer = nur noch Listenspitäler und im Prinzip Wegfall der Defizitgarantie.
- **Freie Spitalwahl** (Listenspital), wobei bei stationärer Behandlung die Vergütung höchstens nach dem Tarif des Wohnkantons für die entsprechende Behandlung gilt.
- Einheitliche Planungskriterien des Bundes auf Basis von **Qualität** und **Wirtschaftlichkeit**: Basis für kant. Leistungsauftrag

6



Unnötiger Verfassungsartikel

Der Verfassungsartikel
postuliert:

Im KVG vorhanden:

- **Qualität, Wirtschaftlichkeit und Transparenz** ➤ im neuen KVG verstärkt
- **freie Spitalwahl** ➤ im neuen KVG enthalten
- **Wettbewerb** ➤ im neuen KVG gestärkt
- **Prämienverbilligung** ➤ bereits im KVG

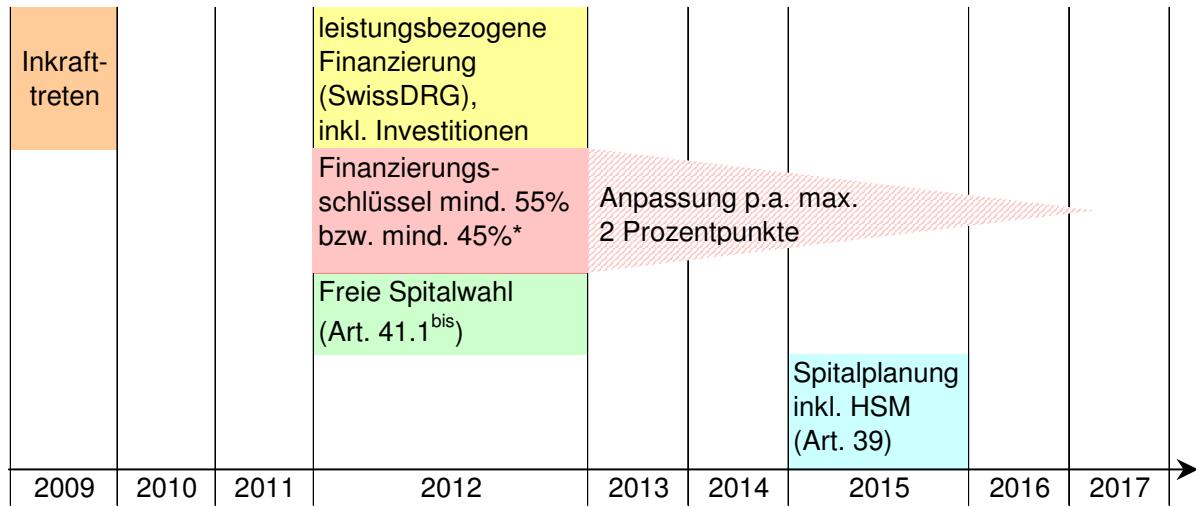


Unnötiger Verfassungsartikel

- Die sinnvollen und unbestrittenen Punkte sind bereits im KVG geregelt.
- Der Verfassungsartikel kann ohne diesbezüglichen Schaden abgelehnt werden.
- Er **muss** abgelehnt werden, weil er auch den Grundsatz staatlichen Handelns verletzt (Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz)
- **Fazit:** Konzentration auf die Umsetzung der beschlossenen KVG-Revision



Übergangsbestimmungen zur KVG-Revision Spitalfinanzierung



- * 1. Kantone mit unterdurchschnittlichen Prämien können einen tieferen Anteil festlegen, mind. aber 45%. Sie sollen 2017 mind. einen 55%-Anteil erreichen.
- 2. Der Finanzierungsanteil gilt ab 2012 für alle Spitäler auf der aktuellen Spitalliste.